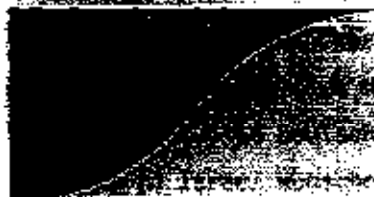


Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 88/89
Telex: 08 86 646-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 208

27. Oktober 1978

Conrad Ahlers MdB be-
richtet über den Besuch
einer Delegation der
SPD-Bundestagsfraktion
in Israel.

Seite 1/3

Elfriede Eilers MdB
würdigt Gründung des
Bundesjugendwerkes der
Arbeiterwohlfahrt.

Seite 4

Engelbert Sander MdB
nennt Ausbau des sozialen
Rechtsstaates eine dauerna-
nde Aufgabe.

Seite 5

Ungewöhnliche Ehrung für Herbert und Lotte Wehner

Eindrücke vom Besuch einer Delegation der SPD-Bundestags-
fraktion in Israel

Von Conrad Ahlers MdB

Barhäuptig und ganz aufrecht stand Herbert Wehner unter der auch jetzt im Herbst noch heißen Sonne Israels. Minutenlang blickte er versunken auf die Gedenktafel, die gerade enthüllt worden war. Sie zeigt an, daß an dieser Stelle ein Wald beginnt, der Herbert und Lotte Wehner gewidmet ist. Schon jetzt stehen dort zahlreiche Zypressen, Nadelbäume, die auf dem kargen, steinigen Boden so gut gedeihen wie die Birken im brandenburgischen Sand. Und diese bedürfnislosen und doch immer frischen, grünen und lebensstarken Zypressen sind Symbol auch für den Mann und seine Frau, die geehrt werden sollen.

Der Wald ist ein Geschenk der israelischen Arbeiterpartei zu Herbert Wehners 70. Geburtstag gewesen. Erst am vergangenen Mittwoch kam der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion dazu, es entgegenzunehmen und, wie es die Sitte ist, von eigener Hand drei Bäume hinzuzupflanzen. Die Widmung und die Gedenkworte, die bei dieser kurzen Feier gesprochen wurden, machten deutlich, warum die Juden Israels Lotte und Herbert Wehner diese ungewöhnliche Ehrung zuteil werden ließen: Weil es sich bei den beiden Deutschen um unerschütterliche Kämpfer gegen den Faschismus und für einen demokratischen Sozialismus handelt und weil beide treue Freunde Israels sind.

"Wir kennen Deinen Weg und Dein Leben", sagte Staatspräsident Navon bei einem Empfang zu Ehren Herbert Wehners in einer großen Laudatio, "wir schätzen Dich als einen Menschen, der das tut, was er sagt, der große Risiken auf sich nimmt, um sein Ziel zu erreichen und um seine Freunde zu schützen". Herbert Wehner war in diesen Augenblicken fast demütig still. Gleichsam abwehrend hielt er seine Hände wie zum Gebet ge-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

faltet. Man spürte, daß seine Gedanken immer wieder den weiten Weg zum Godesberger Krankenhaus gingen, wo Lotte Wehner nun schon seit Wochen schwer krank liegen muß und deshalb nicht mitreisen konnte. Früchte dieses Engagements für alle Deutschen kamen in dem Abschiedsgruß des Präsidenten zum Ausdruck: "Wir in Israel wünschen alles Gute Dir und Deinem Volk."

In dem Gespräch mit dem Staatspräsidenten wie bei allen anderen Diskussionen, welche die kleine Gruppe von SPD-Politikern (Marie Schlei, Horst Ehmke, Gerhard Jahn, Heinz Westphal, Eugen Seibmann, Conrad Ahlers) führte, die mit Herbert Wehner nach Israel reisen durfte, ging es in erster Linie um die aktuelle politische Lage im Nahen Osten. Glücklicher konnte der Zufall gar nicht sein, der den Besuch genau in die kurze Pause der in Washington laufenden Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten fallen ließ. Herbert Wehner machte deutlich, daß man nicht gekommen sei, um Ratschläge zu geben, sondern um zu hören, zu sehen und zu lernen. Aber er verschwieg nicht die Auffassung, daß sich Israel und die Arbeiterpartei dem Frieden nicht versagen dürften, wenn er in akzeptabler Form zu erreichen sei.

Der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei, Peres, und sein Stellvertreter Allon brachten mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß ihre Partei keine Opposition gegen den Frieden machen würde. Diese Haltung ist deshalb entscheidend, weil Ministerpräsident Begin sich nicht auf die Zustimmung aller Teile seiner Rechtskoalition zu dem Verhandlungsergebnis verlassen kann und auf die Opposition angewiesen sein wird, um eine Mehrheit in der Knesseth für den Friedensvertrag zu erreichen. Ganz klar wurde den Besuchern, daß die zahlreichen Einwände der israelischen Politiker gegen einzelne der komplizierten Details der Verträge nicht auf der Absicht beruhen, die Verhandlungen zu erschweren oder auf dem Wunsch, einfach nur festzuhalten, was man in Besitz genommen hat, sondern daß sie Ausdruck einer Tatsache sind, die man in folgendem Satz zusammenfassen kann: Die israelische Bevölkerung wünscht zwar den Frieden, aber sie hat zugleich Angst vor einem Frie-

den, der sie innerhalb ungeschützter und nicht verteidigungsfähiger Grenzen zurücklassen könnte.

Deshalb war es gut, daß die Parlamentarier-Gruppe die Golan-Höhen besichtigen konnte, von denen die Syrer früher willkürlich und ungefährdet die israelischen Siedlungen beschießen konnten. Diese Geländebesichtigung zeigte, daß die zukünftigen Grenzen Israels, ob am Sinai, am Jordan oder auf dem Golan nicht nur als solche verteidigungsfähig sein müssen, sondern auch so gezogen werden sollten, daß sie einen genügenden Abstand vom israelischen Kernland halten. Und sinnfällig wurde, wie zweckmäßig es sein wird, solche Grenzziehungen durch vertrauensbildende Maßnahmen, Entmilitarisierungen und Überwachungskontrollen zu ergänzen, alles Dinge, die in einem größeren Bereich auch für die Verstärkung der Sicherheit in Mitteleuropa brauchbar sein könnten.

Bezüglich der israelischen Innenpolitik wurde der deutschen Gruppe die schwierige Lage nahegebracht, in der sich die israelische Schwesterpartei in der Opposition befindet. Sie führt gegenwärtig einen harten Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 7. November, der nicht nur wegen der außenpolitischen Entwicklung, sondern auch deshalb schwer zu bestehen ist, weil der Übergang von der jahrzehntelangen Regierungsführung in die Opposition hinein noch nicht verkraftet und verarbeitet werden konnte. Zuspruch und Unterstützung der SPD dürfen in dieser Situation nicht versagt werden.

Und für die deutsche Innenpolitik gab Herbert Wehner an dem richtigen Ort das Signal dafür, die anstehende Verjährung der NS-Verbrechen nicht eintreten zu lassen, sondern die Verjährungsfrist für Mord überhaupt aufzuheben. Anderenfalls könnten wir, bei aller Anerkennung der damit verbundenen rechtspolitischen Problematik in moralischer Hinsicht in Israel einen schweren Rückschlag erleiden.

(-/27.10.1978/ks/evo)

+ + +

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Ein neuer Schwerpunkt in der Jugendarbeit

Von Elfriede Eilers MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion,
stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt

Die gesellschaftliche Situation der jungen Generation, die Situation der Kinder aus sozial benachteiligten Familien, die Probleme der Kinder ausländischer Arbeitnehmer und der jugendlichen Arbeitslosen stellen besondere Anforderungen an die Solidarität und das Verantwortungsgefühl der Gesellschaft.

Die Arbeiterwohlfahrt, aus langer Tradition heraus der Arbeit für Kinder und Jugendliche besonders verpflichtet, hat kürzlich mit der Gründung ihres Bundesjugendwerks dieser Verpflichtung auf besondere Weise Rechnung getragen.

Bereits mit den 1969 verabschiedeten Richtlinien für ein eigenständiges Jugendwerk wurde eine neue Qualität der Jugendarbeit erreicht: Die Arbeit für Kinder und Jugendliche sollte nicht mehr eine Aktivität des Erwachsenenverbandes sein, sondern auf der Basis eines von den Jugendlichen selbst getragenen verbandlichen Aufbaues erfolgen.

Das Arbeiterwohlfahrt-Jugendwerk ist ein politisch und konfessionell unabhängiger Jugendverband mit selbständigen Aufgaben. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in der selbstgewählten Aufgabe, Kindern und jungen Menschen die Werte des demokratischen Sozialismus vertraut zu machen und das soziale Engagement zu fördern.

An vielen Orten ist es gelungen, attraktive Gruppen und Clubs für Kinder und Jugendliche aufzubauen. Vielen pessimistischen Prognosen zum Trotz, die von einer resignierten, passiven jungen Generation sprechen, gelang es, im Jugendwerk bei jungen Menschen die Bereitschaft zum sozialen Engagement zu wecken.

So gibt es Jugendclubs, Kindergruppen, Hausaufgabenhilfen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien sollen hier Förderung finden. Auch Ausländerkindern gilt das besondere Interesse des Jugendwerks. Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, Freizeitverhalten und -gestaltung stehen im Programm des AW-Bundesjugendwerkes.

Eine besondere Aufgabenstellung für das Jugendwerk bedeutet die Arbeit mit jugendlichen Arbeitslosen. Das Engagement soll in folgenden Bereichen liegen:

- Zusammenarbeit mit Beratungsstellen und Projekten der AW für jugendliche Arbeitslose;
- Aufnahme betroffener Jugendlicher in Gruppen des Jugendwerks;
- Vertretung der Interessen jugendlicher Arbeitsloser in jugendpolitischen Gremien (Jugendringen, Jugendwohlfahrtsausschüssen usw.).

Mit der Gründung des Bundesjugendwerkes ist eine neue Dimension in der Arbeit des Jugendwerkes erreicht worden. Es hat die wichtige Aufgabe, die Vorstellungen und Erfahrungen, die aus den verschiedensten Gliederungen kommen, zu bündeln und zu koordinieren, damit auch organisatorisch die Voraussetzungen für eine effektive, erfolgreiche jugendpolitische Arbeit - in enger Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt - gegeben sind.

(-/27.10.1978/vo-he/cvo)

Die SPD bleibt den Arbeitnehmern verpflichtet

Die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates ist eine dauernde Aufgabe

Von Engelbert Sander MdB

Mitglied des Landesvorstandes der AFA NRW

Das Wirken der Gewerkschaften, der demokratischen Organisationen der Arbeitnehmer, vollzieht sich unter schwierigen Bedingungen. Bestimmte Vorgänge signalisieren noch eine Zunahme der Probleme. Dazu gehören nicht nur die sich aus dem technologischen Wandel ergebenden Gefahren, dazu gehören auch restaurative Tendenzen in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung, insbesondere was die Rechtmäßigkeit von Aussperrungen angeht und vieles andere mehr. Die Arbeitnehmer tun gut daran, dieses alles aufmerksam zu beobachten und sich immer wieder der Hilfe und Unterstützung politischer Freunde zu versichern.

Trotz der vielfältigen Probleme ist in der Vergangenheit für die arbeitenden Menschen insgesamt viel erreicht worden. Daran haben die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und die deutschen Gewerkschaften hervorragenden Anteil. Von selbst ist da nichts gekommen. Natürlich bedeutet das nicht, daß der soziale Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz fordert, schon verwirklicht ist. Diese Verwirklichung bleibt eine dauernde Aufgabe gewerkschaftlicher und politischer Arbeit. Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte, die Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubs, die Erhöhung der Kindergeldleistungen, die Einbeziehung der Schüler des Berufsgrundbildungsjahres in das Berufsausbildungsförderungsgesetz und nicht zuletzt die Steuererleichterungen aber sind weitere Schritte auf dem Wege zu mehr sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherung.

Was bleibt, ist noch eine ganze Menge. Die Gefahren aus wirtschaftlichen Konzentrationen, neuen Produktionsverfahren und anderen wirtschaftlichen Abläufen müssen stärker ins Auge gefaßt werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich aus speziellen Entwicklungen neue "Stiefkinder der Nation" herausbilden. Übergeordnetes Ziel aller Anstrengungen bleibt die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes muß diesem Erfordernis - mehr als das jetzt geltende Gesetz - Rechnung tragen.

Sozialen Fortschritt in unserem Lande kann es nur geben, wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie vertrauensvoll zusammenarbeiten; wobei klar bleibt: Die Gewerkschaften sind kein Parteiersatz, und die SPD ist kein Gewerkschaftersatz. Die Zielsetzung "Mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit für den arbeitenden Menschen in allen Lebensbereichen" ist und bleibt die Grundlage gemeinsamen Wirkens. (-/27.10.1978/bgj/evo)